Redaktion und Verlag: Karlsbad, Haus **„Graphia"**
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer Kč 1.40
(Im Ausland Kč 2.-)

Auslandspreise	Einzelnumm.		vierteljahrl.	
Argentinien . . .	Pes	0.30	Pes	3.60
Belgien	Frs	2.—	Frs.	24 —
Bulgarien	Lew	8.—	Lew.	96 —
Danzig	Guld	0.30	Guld	3.60
Deutschland . . .	Mk	0.25	Mk.	3.—
Estland	E.Kr	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland . .	Fmk	4 —	Fmk	48.—
Frankreich	Frs	1.50	Frs.	18.—
Großbritannien .	d	4.	sh.	4. —
Holland . . .	Gld	0.15	Gld.	1.80
Italien . . .	Lir	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien . . .	Din.	4.50	Din	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 18
Sonntag, 15. Oktober 1933

Bezugspreis im Quartal Kč 18.-
(Im Ausland Kč 24.-)

Auslandspreise	Einzelnumm.		vierteljahrl.	
Litauen	Lit.	0.55	Lit.	6.60
Luxemburg . . .	B. Frs.	2.—	B.Fr	24.—
Norwegen	Kr	0.35	Kr.	4 20
Oesterreich . . .	Sch	0.40	Schill.	4,80
Palästina	Mils	18.—	Mils	216.—
Polen	Zloty	0 50	Zloty	6.—
Portugal	Es	2.—	Esc	24 —
Rumänien . . .	Lei	10.—	Lei	120 —
Saargebiet . . .	F.Fr	1.50	F. Fr	18 —
Schweden	Kr	0.35	Kr	4 20
Schweiz	Frs	0.30	Frs	3 60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8 40
Ungarn	Pengö	0.35	Pengö	4 20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0 90

Blutgesetz in Kraft!

Aus Mördern werden Minister — aus Ministern Mörder!



„Herrlichen Zeiten führe ich Euch entgegen!..."

Die Blutphantasien Görings, in Morphiumräuschen und heißen Julinächten gezeugt, sind im Oktober „Gesetz" geworden. Das Reichskabinett hat beschlossen, daß getötet oder für unabsehbare Zeit ins Zuchthaus gesperrt werden soll, wer hochverräterische Schriften im Ausland herstellt oder im Ausland hergestellte im Inland verbreitet. Als hochverräterisch wird aber jede Schrift betrachtet werden, die über deutsche Zustände die Wahrheit sagt. Richter, denen ihre Partei oder die Sorge um die eigene Haut über die Pflicht ihres Amtes geht, werden Bluturteile sprechen. Urteile des Fanatismus oder der Angst. Aber wenn diese Gesellen schon Angst haben, so sollen sie sie haben nicht nur vor dem, was jetzt ist, sondern auch vor dem, was nachher kommt! Mögen sie wissen, daß nichts vergessen wird! Mögen sie wissen, daß ihnen nichts geschenkt werden wird!

Was man jetzt im Dritten Reich Gesetz nennt, ist nichts anderes als ein Befehl zum Mord. Verantwortlich für ihn sind nicht nur die alten Nationalsozialisten im Kabinett wie Göring, Hitler, Frick und Göbbels, sondern auch die Neuzugezogenen wie Neurath, Blomberg, Schwerin-Krosigk, Schmitt, Seldte, Gürtner und Eltz-Rübenach. Die alten Nationalsozialisten bleiben, wenn sie weiter morden lassen, wenigstens in einem Punkt ihrem Programm treu. Die Neuzugezogenen haben alle verleugnet und verraten, was sie früher einmal mit dem zivilisierten und anständig denkenden Teil der Menschheit verbunden hat. Sie sind weder Fanatiker noch Geisteskranke, sie sind nur „deutsche Männer", daß Gott erbarm! Man kann als Gefangener die Latrinen im Konzentrationslager reinigen und dabei sauber sein. Man kann auch täglich in Marmorwannen baden und dreckig bleiben von oben bis unten und von innen bis außen. Diese feige, entwürdigte, entmannte Gesellschaft der Neuzugezogenen, sie bleibt trotz allem die schlimmste Schande, die über das deutsche Volk gekommen ist!

*

Was ist denn in Deutschland Recht? Was ist in Deutschland Verfassung? Bei dem Juristenaufmarsch in Leipzig hat der Staatsgelehrte des Dritten Reiches, Professor Carl Schmitt, die Lehre verkündet, vorläufige Verfassung des Deutschen Reiches sei das Ermächtigungsgesetz vom 24. März. Diese „vorläufige Verfassung" besteht aus fünf Artikeln, von denen der kürzeste vier, der längste sechs Zeilen lang ist, und legt das Recht zur Gesetzgebung, auch zur verfassungsändernden, in die Hand der Reichsregierung. Sie tritt „außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird."

Schöne „Verfassung", die nur solange lebt wie die Regierung, der sie als Rechtsgrundlage dient! Aber was Recht und was Verfassung! „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt!" versicherte Frick auf demselben Juristentag. Da die Hitlerregierung sich anmaßt, das deutsche Volk in sich zu verkörpern, hätte Frick ebensogut, nur noch um einen Grad aufrichtiger, sagen können: „Recht ist, was uns nützt!"

Und so ist es in der Tat! Es gibt in Deutschland kein Recht mehr. Maßgebend ist einzig und allein das Interesse der augenblicklichen Machthaber, die Befriedigung ihrer Despotenlüste, der ungestörte Genuß des Futters aus den Hunderttausenden von Futterkrippen, die für hungrige Parteibuchbeamte und Angestellte errichtet worden sind.

Um diese Herrschaft zu festigen, werden Zehntausende ehrlicher, recht- und vaterlandliebender Menschen ihrer Freiheit beraubt, aus dem Lande gejagt, für rechtlos erklärt, werden wehrlose Gefangene in Gefängnissen und Konzentrationslagern gefoltert und ermordet. Um diese Herrschaft zu festigen, ist der Mordbefehl der lex Göring erlassen worden.

Recht ist, was uns nützt! Gesetz ist, was uns gefällt!

*

In Genf, wo die deutschen Vertreter sitzen, wie Pestkranke oder Aussätzige gemieden und isoliert, in Genf hat man auf Umwegen, zu denen deutscher Widerspruch zwang, die Einrichtung eines Flüchtlingskommissars für deutsche Flüchtlinge in Aussicht genommen. Der Flüchtlingskommissar soll nicht nur die Ausgestoßenen und Vertriebenen des Dritten Reiches schützen, sondern auch die Interessen der Staaten wahrnehmen, die durch den Ausbruch der braunen Barbarenherrschaft in Mitleidenschaft gezogen sind. Arbeitslos gewordene, ihrer Habe und ihrer Unterstützungsansprüche beraubte Arbeiter und Angestellte, gewaltsam ruinierte und bis aufs Hemd ausgeplünderte Geschäftsleute überschreiten auf den verschiedensten Wegen unter den abenteuerlichsten Umständen die Grenze und schreien im fremden Lande nach Arbeit und Brot! Fremde Regierungen sollen durch Menschlichkeit wieder gut machen, was die eigene Regierung an ihren Staatsbürgern grausam gefrevelt hat! Es ist schön, wenn diese fremden Regierungen der Pflicht der Menschlichkeit genügen, aber es ist auch nur recht, wenn sie die Frage aufwerfen, wer für diese Belastung und Beunruhigung, unter der sie leiden, verantwortlich ist. Die Theorie, daß keine Regierung das angeht, was die andere treibt, läßt sich nicht mehr aufrecht erhalten, wenn die eine Regierung den Schaden bezahlen soll, den die andere anrichtet!

Es gibt aber noch eine andere Frage, die in Genf aufgeworfen zu werden verdient. Das ist die Frage nach dem Schicksal der Menschen, die in Deutschland selbst als Juden oder Marxisten nach einem kaltausgeklügelten System planmäßig ausgerottet werden. Was geschieht mit den Frauen und den Kindern, denen durch Mord oder Freiheitsberaubung der Ernährer genommen worden ist? Was geschieht, um die Ernährung in den Gefängnissen und in den Konzentrationslagern zu sichern, in denen der Winter ein qualvolles Sterben Ungezählter bringen wird, wenn die rettende Tat ausbleibt? Alles Gerede von menschlicher Solidarität ist ohne Sinn, wenn die Welt tatenlos bleibt angesichts des Furchtbaren, das in Deutschland geschieht!

*

Man will in Genf über Abrüstung verhandeln, während niemand an etwas anderes als Aufrüstung denkt. Man will ein positives Ergebnis der Abrüstungskonferenz erzwingen, aber ein solches „positives Ergebnis" kann erhandelt, beschworen und besiegelt werden — es wird Betrug und Lüge bleiben, solange nicht die geistige Abrüstung vollzogen ist! Ohne radikale Aenderung der Zustände in Deutschland schlittert Europa in ein neues Völkermorden, kein Viererpakt und kein Abrüstungsabkommen kann das verhindern. Das deutsche Volk hat auf allen Gebieten, auch auf dem der Rüstungen Anspruch auf gleiches Recht, aber jetzt hat das deutsche Volk weder ein gleiches noch ein ungleiches Recht, sondern überhaupt keines. An seiner Stelle präsentiert sich eine Verbrechergesellschaft, die dem deutschen Volk jedes Recht genommen hat, um es für sich allein in Anspruch zu nehmen. Keine Regierung der Welt denkt daran, die Hitlerbande als etwas ihr Gleichberechtigtes und Gleichwertiges zu betrachten, von keiner kann verlangt werden, daß sie das tut. Vielmehr muß man von den Staatsmännern, denen es ehrlich um den Frieden geht, verlangen, daß sie sich nicht hinter leere Redensarten verkriechen, sondern ganz offen sagen, warum sie jetzt nicht abrüsten können. Denn nur die Wahrheit kann den Frieden retten, die Lüge führt zum Krieg.

Juristen marschieren auf

Gerechtigkeit marschiert ab

Der Deutsche Juristentag hat sich in genau den gleichen Formen abgespielt, wie all die ungeistigen Veranstaltungen des Dritten Reiches: als ein leeres Schaugepräge, oder — genauer gesagt — als ein militärischer Aufmarsch. Das ist nicht die abfällige Kritik eines grundsätzlichen Gegners des Hitlersystems, es ist vielmehr das eigene Urteil der Nationalsozialisten. Wörtlich schreibt der „Völkische Beobachter" vom 4. Oktober:

Das war das grandioseste am diesjährigen Deutschen Juristentag: daß er . . . Gelegenheit bot, die zu Zehntausenden anwesenden deutschen Juristen „aufmarschieren zu lassen" . . . Der soldatische Charakter des diesjährigen Juristenaufmarsches ist der äußerliche Ausdruck der neuen inneren Haltung der deutschen Juristen.

Auf früheren Juristentagen wurde das Für und Wider der großen brennenden Streitfragen, wurden die wissenschaftlichen und sozialen Probleme des Rechtsgebietes von erlesenen Geistern diskutiert. Damit ist es nun aus. Leipzig zeigt die deutsche Juristenschaft als militärisch gedrillte, exerzierende und gehorsam einschwenkende Masse. Wahrlich, den angeblichen Bekämpfern der „Vermassung" des Volkes ist es geglückt, mit geradezu beängstigender Geschwindigkeit einen geistigen Beruf zu entindividualisieren!

Von der wissenschaftlichen Tiefe und Gründlichkeit früherer Juristentage, von dem Feuer der Debatten zwischen rückschrittlich-starrer und modern humanitärer Rechtsauffassung ist nichts geblieben. Referenten, bar jeder juristischen Sach- und Fachkenntnis, hielten vor Zuhörern, unter denen so mancher saß, von dem der Sprecher unendlich viel hätte lernen können, anmaßende Vorträge darüber, wie die Justiz sich künftig zu verhalten hätte. Diskussionen durften selbstverständlich nicht stattfinden. Hitler und seine jungen Leute verstehen, wie von allem, so natürlich auch von der Rechtswissenschaft viel mehr als jeder ergraute Universitätsprofessor. In einer Reihe von Referaten, deren Inhalte in tödlicher Monotonie auf den gleichen Grundgedanken zugeschnitten waren, kommandierten sie, daß fortab

das Recht sich der Rassenlehre unterzuordnen habe.

Da die Rassenlehre wie feststeht, ein unwissenschaftlicher Nonsens ist, so heißt das, daß die gesamte Rechtsentwicklung fortab im Zeichen eines Unsinns vor sich gehen soll. Aus der Rechtswissenschaft wird Rechtswahnsinn, aus dem Recht schreiendes Unrecht.

So ist während die Juristen aufmarschierten, die Gerechtigkeit abmarschiert.

Wir geben dabei ohne weiteres die Wahrscheinlichkeit zu, daß von den zwölfbis dreizehntausend in Leipzig konzentrierten Juristen nur zwei- bis dreitausend dies bemerkt und nur einige hundert darüber Wehmut empfunden haben dürften. Denn bei der großen Masse der Talarträger hat der nationalistische Fanatismus längst jedes Streben nach Gerechtigkeit getilgt und der blinde Haß gegen den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse längst die „anima candida judicis", die spiegelblanke Seele des Richters erblinden lassen. Ihr innerer Drang zur Ungerechtigkeit treibt sie einer Lehre in die Arme — mag diese noch so unwissenschaftlich, noch so barbarisch-oberflächlich sein, — die ihnen ihre bisher nur mit schlechtem Gewissen und unter kläglichen Ausreden begangenen Rechtsverletzungen jetzt hinstellt als das eigentliche früher verkannte Volksrecht.

So werden diese Richter auch nicht protestieren gegen jene barbarische Gesetzgebung, die sich jetzt an den „Aufmarsch der Juristen" ähnlich anschließt wie der Raub des Gewerkschaftsvermögens an den Aufmarsch vom 1. Mai. Genau wie damals die zu Feuerwerk und Luftakrobatik aufs Tempelhofer Feld kommandierten Massen nicht ahnten, was unter dem Deckmantel dieses Schauspiels geplant war, genau so wenig wußten wohl die in Leipzig zusammengetrommelten Juristen, daß der wahre Abschluß ihrer sogenannten Tagung ein jeder Zivilisation hohnsprechendes Gesetz sein würde: die Verwirklichung der sadistischen Blutphantasien eines Morphinisten, der schon vor drei Monaten im Juli die Todesstrafe gegen Worte und Gedanken verlangt hatte.

Dieses Gesetz zum „Schutz des Rechtsfriedens"

— sadistischer Hohn selbst noch in der Ueberschrift — ist nun da! Um den „Rechtsfrieden", — o welche Pazifisten sind doch Hitler, Göring und Konsorten, — um den stillen, lieblichen Rechtsfrieden des Dritten Reiches nicht in holdem Schlummer erschrecken zu lassen, sollen alle Menschen hingerichtet werden, die andere Ansichten äußern, als sie der Propagandachef Göbbels seiner gleichgeschalteten Presse gestattet. Auf „hochverräterische Druckschriften" wird die Todesstrafe gesetzt, was etwa der Gesetzgebung der von Cäsarenwahn befallenen römischen Despoten, der Gesetzgebung eines Nero und Caligula entspricht, die jede Anfeindung oder Verspottung ihrer geheiligten Person als „crimen laesae majestatis" mit der Auslöschung von Menschenleben ahndeten. Der Aberwitz eines sich für sakrosankt erklärenden Systems enthüllt sich in schauerlicher Rechtsschändung, ein Gemisch von Größenwahn und feiger Tyrannenangst, von Blutsadismus und schlechtem Gewissen tut sich hier als Afterrecht, als Antirecht kund!

Aber, keine Sorge: die in Leipzig einexerzierte Juristenschaft wird auch diese Blutverordnung als „geltendes Recht" gelassen hinnehmen und kein Gefühl in ihren Reihen aufkommen lassen, daß sie Morde begeht, wenn sie diese Tyrannengebote handhabt.

Und jener verschrobene Universitätsprofessor, der vor anderthalb Jahrhunderten das große Wort aussprach, daß dort, wo es keine Gerechtigkeit gibt, das Leben seinen Zweck verloren hat, auch er würde heute in Deutschland keine Lebensluft mehr finden, obwohl man ihn den Philosoph des Preußentums genannt hat. Denn es ist das Zeitalter des Oswald Spengler in Deutschland und längst nicht mehr das der Immanuel Kant!

Justinian.

An der Schwelle der Freiheit ermordet

Der Redakteur des Lübecker „Volksboten", Genosse Dr. Solmitz, beendete an einem der letzten Septembertage in geheimnisvoller Weise sein Leben. Amtlich wurde gemeldet, er habe sich in seiner Zelle erhängt. Heute wissen wir, daß dies gelogen war. Dr. Solmitz ist im Gefängnis ermordet worden, und zwar vollzog sich die Bluttat unter so ungeheuerlichen Umständen, daß man trotz aller Abhärtung, die diese Zeit mit sich bringt, nur mit Erschütterung davon sprechen kann.

Solmitz sollte aus dem Gefängnis entlassen werden. Seine Frau hatte bereits von der Gefängnisverwaltung die Mitteilung, daß die Entlassung am nächsten Tage zu erwarten sei. Sie hatte zum Empfang ihres Mannes die Wohnung festlich mit Blumen geschmückt.

An Stelle des Erwarteten kam die Nachricht von seinem angeblichen Selbstmord.

Offenbar hat gegenüber der Instanz, die die Entlassung beschlossen hatte, eine höhere eingegriffen: der braune Mord, der durch Gefängniskorridore und Lagerbaracken schleicht, um sich die Besten zum Opfer zu holen. Er hat Solmitz geholt wie wenige Wochen zuvor Fechenbach.

Und Hans Alexander!

Unter den Schutzhaftgefangenen, die bei der Auflösung des Breslauer Konzentrationslagers in das neue Konzentrationslager bei Osnabrück gebracht wurden, befand sich auch der Breslauer Ortssekretär des Reichsbanners, Genosse Hans Alexander. Jetzt ist Hans Alexander ebenfalls den braunen Mordbanditen zum Opfer gefallen. Die näheren Umstände seines Todes sind uns noch nicht bekannt. Es steht jedoch fest, daß es etwa Mitte September in dem Osnabrücker Konzentrationslager zu einer schweren Schlägerei zwischen schlesischer und rheinischer SA kam. Diese Gelegenheit haben anscheinend schlesische SA-Banditen, die sich an dem Genossen Alexander noch für seine Breslauer Tätigkeit rächen wollten, benutzt, um den „Marxisten" auf neudeutsche Weise zu erledigen.

Die Angehörigen erhielten aus dem Lager die Leiche in einem verlöteten Sarg, so daß die unmittelbare Ursache seines Todes vielleicht niemals genau festgestellt werden kann. Genosse Alexander war ein aktiver, begeisterter Kämpfer für die Sache der Freiheit und des Sozialismus. Er hat jetzt seine Treue zur Bewegung mit dem Leben bezahlt. Mit ihm ist wieder einer der Besten dahingezogen, ein Mann, der im Krieg sein Leben für Deutschland einsetzte — er besaß mehrere Kriegsauszeichnungen — und dessen politisches Wirken nach dem Krieg kein anderes Ziel hatte als die Wohlfahrt und die Freiheit seiner Volksgenossen.

Die Breslauer Arbeiter ehrten das Andenken dieses Kämpfers trotz Terror und Verfolgung. 2000 Mann standen an seinem Grabe, und viele Tausende werden an dem Tag bereitstehen, wenn es gilt, den Tod des Genossen Alexander und der vielen, die vor ihm unter den Händen der braunen Mordbanditen verbluteten, zu rächen.

Verhaftung im Reichswehrministerium

Im Reichswehrministerium wurde ein Abteilungsleiter, der bereits 10 Jahre angestellt war, verhaftet, angeblich weil er sich abfällig über das jetzige Regime geäußert habe.

Proletarische Heldinnen

Man schreibt uns aus Deutschland:

Die gesamte SA.- und SS-Mannschaft einer süddeutschen Stadt wurde aufgeboten, um eine große Razzia nach Marxisten durchzuführen. Das Ergebnis der Razzia war die Verhaftung von 300 Arbeitern. Sie wurden in die SA.-Kaserne geschleppt und dort eingesperrt.

Den SA.-Mannen trat jedoch sehr bald ein Gegner entgegen, von dem sie sich bis jetzt nichts hatten träumen lassen. Mit Windeseile durchflog die Nachricht von der schmählichen Inhaftierung ehrlicher und unbescholtener Arbeiter die Stadt. Mit Windeseile machten die Frauen der Gefangenen mobil. Mütter, Ehefrauen und Bräute der verhafteten Marxisten zogen in geschlossenem Zuge vor die SA.-Kaserne, schickten sich an, das Tor aufzubrechen und riefen ohne Unterbrechung im Sprechchor: „Heraus mit unseren Männern! Wir wollen unsere Männer wieder haben!" Gegen die aufgebrachten Frauen wagten die rauhen Kämpfer keinen Ausfall, sie verbarrikadierten die Tore der Kaserne und telephonierten um schleunigste Hilfe in eine benachbarte Großstadt. Erst als die Verstärkung in sechs Lastautos eingetroffen war, wurde mit Gummiknüppeln und anderen Schlagwerkzeugen der Angriff gegen die mutigen Frauen eröffnet. Eine Stunde währte der ungleiche Kampf. Eine Stunde stand die Front der Frauen für ihre Männer und Söhne gegen die Brutalität der Hitler-Soldaten. Liebe, Angst und Verzweiflung ließ sie ihr eigenes Schicksal vergessen.

Noch während draußen die Frauen mit ihrem Leben für die Männer stritten, transportierten ortsfremde SA. die gefangenen Arbeiter durch ein rückwärtiges Tor ab und entführten sie in die benachbarte Großstadt.

Aber die mutigen Frauen ruhten nicht und gaben nicht nach. Eine Abordnung erschien bei dem Polizeipräsidenten der Großstadt, in welche die Männer entführt worden waren. Die Abordnung verlangte die Herausgabe der zu Unrecht verhafteten Männer. Der Polizeipräsident war ein human denkender Mensch. (Inzwischen ist er eben deswegen entlassen worden.) Die 300 gefangenen Marxisten wurden auf seine Anordnung der Gewalt der braunen Milz entzogen und nach kurzer Inhaftierung alle auf freien Fuß gesetzt.

Richter Lachmund

Ein Mörder im Talar

Am zehnten Februar dieses Jahres, mitten im Wahlkampf, hielt die NSDAP in Braunschweig eine ihrer damals üblichen Hetzversammlungen ab. Nach dieser Versammlung zogen die aufgepeitschten SA-Leute, wie es damals ebenfalls üblich geworden war, in einige Arbeiterstraßen, um Strafexpeditionen vorzunehmen.

Man nannte das damals: „die Kommune ausräuchern." Als die braune Abteilung nachts in die Straße einrückte, gab es richtig einen Zusammenstoß, bei dem zwei SA-Leute verletzt wurden.

Dieser Fall wurde jetzt vor dem Braunschweigischen Sondergericht abgeurteilt. Es wurden verurteilt:

Der Angeklagte Arbeiter Heinrich Wolf zum Tode, der Angeklagte Arbeiter Hagemann zu sechs Jahren Zuchthaus und die Angeklagten Flentge, Holzmann und Donath zu je fünf Jahren Gefängnis.

Der Richter Lachmund war den Anträgen des Staatsanwalts Ahrens gefolgt.

Er gab eine Urteilsbegründung von so abgrundtiefer Bestialität, daß man ihren Inhalt in alle Welt hinausschreien muß:

„Wenn das Gericht gegen Wolf die Todesstrafe verhängt hat, so braucht sich niemand, am allerwenigsten der Angeklagte selbst darüber aufzuregen.

Wer so mit dem Leben seiner Mitmenschen spiele wie der Angeklagte, der soll sich nicht wundern, wenn man auch mit ihm wenig Federlesens macht. Die Verhängung der Todesstrafe ist aber auch deshalb erforderlich, damit die Volksgenossen die Gewißheit haben, daß **die Justiz, nachdem der Gesetzgeber ihr die nötigen Gesetze gegeben hat, mit den schärfsten Mitteln gegen alle vorgeht, die es wagen, ihre Hand gegen irgendeinen Kämpfer der nationalen Bewegung zu erheben.**

Die heute ergangenen Verurteilungen sind eine Warnung für alle, die es angeht.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Bestehen des Sondergerichts und seine Urteile überaus erzieherisch und abschreckend gewirkt haben. Wenn trotzdem noch kommunistische Wühler hier und da in allernächster Zeit versuchen, ihre volksfeindlichen Treibereien fortzusetzen, so sei ihnen in aller Deutlichkeit gesagt, daß das Sondergericht in allen diesen Fällen rücksichtslos die Höchststrafen gegen diese Verbrecher festsetzen und da, **wo es das Gesetz überhaupt zuläßt, auf die Todesstrafe erkennen wird, um diese Schädlinge auf gesetzlichem Wege für immer auszumerzen."**

Der Richter Lachmund weiß, daß die Ermordung politischer Gegner zu den Grundsätzen des Systems gehört, dem er dient.

Der Richter Lachmund weiß, daß dieses System Mörder belohnt oder bestraft, je nachdem zu wessen Gunsten der Mord geschah.

Der Richter Lachmund hat zugunsten dieses Systems die Tötung eines Menschen angeordnet.

Der Richter Lachmund ist ein Mörder im Talar. Es wird die Zeit kommen, sich dieses Namens zu erinnern. Vergeßt ihn nicht!

Durch Druckfehler entlarvt!

Vor einigen Tagen berichtete das braune „8-Uhr-Abendblatt" über eine „grundsätzliche und programmatische Rede" des Reichslügenministers. Und es geschah in diesem Bericht etwas Fürchterliches, weil die Setzmaschine offenbar sich geweigert haben muß, alle Lügen und Verdrehungen widerspruchslos zu wiederholen. Denn zwei Tage darauf war im „8-Uhr-Abendblatt" folgende Berichtigung dick und fett in angsterfüllt großen Lettern zu lesen:

„In unserem Bericht in der Sonnabend-Ausgabe über die große Rede des Reichsministers Dr. Göbbels hat sich bedauerlicherweise ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Reichsminister Dr. Göbbels hat in seiner Rede nicht (wie es in unserem Bericht fälschlich hieß) gesagt: „. . . In Deutschland ist es für immer mit dem Kapitalismus vorbei . . .", sondern diese Stelle hatte selbstverständlich richtig zu lauten: „. . . für immer mit dem Parlamentarismus vorbei . . ."

Das Blatt hätte nur noch hinzuzufügen brauchen: „Unsere Leser werden ohnedies erkannt haben, daß es sich um einen Druckfehler gehandelt hat." Denn es bedurfte, weiß Wotan, nicht erst der Entlarvung durch diese Berichtigung. Von des „Arbeiter-Führer" „unabänderlichen Programm" ist nicht mehr als eine Berichtigung übrig geblieben.

Aber die spricht Bände!

„Sieg und Macht"

Der Jahreskongreß der Britischen Arbeiterpartei

V. Sch. Hastings, 7. Oktober. Optimismus und Siegeszuversicht erfüllen seit Monaten die britische Arbeiterbewegung. Nach der Wahlkatastrophe vom Herbst 1931, die noch durch das ganze Jahr 1932 hindurch lähmend wirkt, hat man jetzt allgemein das Gefühl:

Es geht wieder aufwärts!

Mag auch die Arbeiterpartei im jetzigen Parlament nur über etwa ein Zwölftel der Mandate verfügen, diese Fraktion leistet hervorragende Arbeit und erzwingt die allgemeine Aufmerksamkeit.

Das Volk empfindet selbst, daß diese gegenwärtige Vertretung in einem schreienden Verhältnis zu der wirklichen Stärke der Arbeiterbewegung im Lande steht. Und die Leistungen — oder Unterlassungen — der „nationalen" Regierung sind auf vielen Gebieten nicht dazu angetan, ihr Prestige zu erhöhen. Die regierende Koalition ist in dem Augenblick einer von Bankiers und Industriellen erzeugten Panik zustandegekommen, aber sie wird nur noch künstlich am Leben erhalten. Ein Teil der Liberalen ist schon von ihr abgesprungen, ein Teil der Konservativen steht in offener Front gegen sie, und Macdonald wird von seinen Koalitionspartnern nur deshalb noch eine Weile geduldet, weil seine Ausbootung Neuwahlen zur Folge hätte, die die Konservativen gegenwärtig scheuen.

Aber diese Wahlen können jederzeit ausgeschrieben werden, eben weil die Koalition innerlich morsch und brüchig ist. Und die Arbeiterpartei rüstet für diesen Kampf, politisch, organisatorisch und finanziell. Sie hat ihren Parteitag bewußt in dem Sinne abgehalten, als wäre er der letzte vor der neuen Volksbefragung, während ja theoretisch Neuwahlen erst 1936 stattfinden müßten. Sie hat schon jetzt beschlossen, Kandidaten in fast allen Wahlkreisen aufzustellen und verkündet als ihr stolzes, geradezu tollkühn anmutendes Ziel, ihre Wählerziffern zu verdoppeln — das wären 13 Millionen statt der 6½ Millionen im Jahre 1931 — und ihre Mandate zu verachtfachen — 400 statt gegenwärtig 51 —, mit anderen Worten, die Rollen im künftigen Unterhaus mit den Konservativen zu vertauschen. Zu diesem Zweck soll ein großer Massenfeldzug unter dem Motto: „Sieg und Macht" einsetzen, für den 5000 Pfund aufgebracht werden sollen. Dabei soll auch das flache Land systematischer als bisher bearbeitet und aufgeklärt werden, das bisher den Konservativen ihr Uebergewicht sicherte.

Im Sinne dieser Zuversicht und Entschlossenheit hat der Parteitag die Problemstellung mit geradezu suggestiver Kraft auf die Formel gebracht:

Politische Richtlinien für die Partei und ihre Minister im kommenden Labour-Kabinett,

wobei das Wort „wenn" bewußt ausgeschaltet wurde. Es galt dabei vor allem, die Lehren aus dem letzten Regierungsexperiment der Partei nutzbringend für die kommende Arbeiterregierung anzuwenden: Wie verhindern wir die Sabotage unserer Arbeit durch die Hochfinanz? Wie brechen wir die erwarteten Widerstände des Oberhauses? Wie beschleunigen wir die parlamentarische Maschinerie, um unsere sozialistischen Gesetze schnell unter Dach und Fach zu bringen? Wie sichern wir eine Zusammensetzung des Kabinetts, die die Erwartungen der Mitgliedschaft nicht enttäuscht.

Um gleich mit dem letzten Punkt zu beginnen: Der Schock des Herbstes 1931 wirkt noch in der Partei nach. Wer erlebt hat, wie Macdonald sein Kabinett selbstherrlich nach persönlichen Gesichtspunkten bildete, sich von der Partei, und vor allem von den Gewerkschaften förmlich abkapselte, die Regierungspolitik immer mehr diktatorisch festlegte, mit den Gegnern heimlich verhandelte, unter weiblich-aristokratische Einflüsse geriet und schließlich zum Feind überlief, der möchte sich begreiflicherweise gegen jede derartige Eventualität sichern.

Der Kampf der Generationen macht sich eben auch in der englischen Partei bemerkbar. Die Jugend drängt, sie hat den Eindruck, daß die Probleme der Zeit zu schwierig, zu gefährlich und auch zu kraftraubend sind, um von einer Führerschaft gelöst zu werden, die vielfach das 60., ja sogar das 70. Lebensjahr überschritten hat.

Diese „Sturm- und Drang"-Richtung wird vor allem durch die „Sozialistische Liga" vertreten, die aus der Unabhängigen Arbeiterpartei hervorgegangen ist. Sie umfaßt hauptsächlich jene früheren ILP.-Mitglieder, die den kommunistenfreundlichen Kurs dieser politischen Gruppe nicht länger mitmachten und die der Gesamtpartei die Treue hielten. Aber sie hat deren frühere Parole:

„Sozialismus in unserer Zeit"

ideologisch übernommen. Unter Führung des früheren Justizministers der Labour-Regierung, Sir Stafford Cripps, und einiger anderer aus der, sagen wir, mittleren Generation wie Wise, Cole und Mellor, ringt sie um die Lösung jener Probleme, die mit Recht vor allem die jüngere, ungeduldige Generation bewegen: Wie schafft man den Sozialismus schnell, wie bricht man die erwarteten Widerstände des Bankkapitals, der Lords? Und darüber hinaus wirft die Liga die Frage auf, die seit der deutschen Katastrophe auf der gesamten internationalen Arbeiterbewegung wie ein Alpdruck lastet: Ist die parlamentarische Demokratie, ist die Demokratie überhaupt heutzutage noch ein Befreiungsinstrument für die Arbeiterklasse? Ist der Sozialismus allein mit den traditionellen Mitteln der Demokratie zu verwirklichen? Sollen wir, wo die Erfahrung lehrt, daß die kapitalistische Reaktion die faschistische Gewalt anwendet, sobald ihre Bollwerke bedroht sind, die Opfer unserer demokratischen Ideologie werden, ähnlich wie die deutsche Arbeiterklasse?

Die Gewerkschaften hatten schon auf ihrem Kongreß in Brighton vor dieser Propaganda gewarnt, die Wasser auf die Mühlen der konservativen Reaktion liefert. Der Brightoner Kongreß hatte sich eindeutig und nahezu widerspruchslos zur Demokratie bekannt.

Auch der Parteikongreß in Hastings hat sich gegen jede Konzession an die Ideologie der Diktatur ausgesprochen.

Der Fehlschlag der Demokratie in Deutschland, verursacht durch den Mangel an demokratisch-parlamentarischer Erfahrung, durch die Spaltung der Arbeiterklasse, durch die besondere Lage Deutschlands als Objekt des Friedensvertrages und als Brennpunkt der europäischen Wirtschaftskrise bedeutet nicht, daß diese Regierungsform auch im Mutterland der Demokratie und des Parlamentarismus, in Großbritannien, nichts taugt.

Das hatten schon auf der Pariser Konferenz Vandervelde und Friedrich Adler in ihren einleitenden Referaten, Hugh Dalton, Vougt, Andersen und Renaudel in der Diskussion als Vertreter älterer Demokratien festgestellt.

Davon abgesehen, ist es nicht überaus gefährlich, mit diktaturähnlichen Parolen zu operieren und Verfassungskonflikte in einem Augenblick an die Wand zu malen, in dem die Konservativen allein über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügen? Gibt man ihnen damit nicht ein Stichwort, nicht nur, um im späteren Wahlkampf den Bürgerschreck der Diktatur des Proletariats heraufzubeschwören, sondern auch, um sogar das Prävenire zu spielen, indem sie ihre gegenwärtige parlamentarische Uebermacht mißbrauchen? Schon machen sich bei den Konservativen Stimmen für eine Wiederkehr der früheren Obstruktionsrechte des Oberhauses bemerkbar.

Deshalb ist die große Mehrheit des Kongresses von Hastings den temperamentvollen Warnungen des früheren Bergbauministers Shinwell, des früheren Transportministers Herbert Morrisson, des Führers der Transportarbeiter Bevin — übrigens lauter Vertreter der mittleren Generation — gefolgt, die davon abrieten, die künftigen Labour-Minister von vornherein auf Richtlinien festzulegen, die unabsehbare Verfassungskonflikte und Kraftproben mit der Krone leicht zur Folge haben könnten.

Cripps und seine Freunde sind klugerweise einer namentlichen Abstimmung über ihre Anträge ausgewichen und ebenso klugerweise hat ihnen Lansbury im Namen des Parteivorstandes diesen Rückzug dadurch erleichtert, daß er die Prüfung der Vorschläge der Liga durch die Exekutive bis zum nächsten Parteitag zusagte.

Die außenpolitischen Ereignisse

nahmen einen breiten Raum ein, wobei naturgemäß, schon der Aktualität wegen, die Liga in Oesterreich im Vordergrund stand. Die sofortige Entsendung mehrerer führender Männer der Partei- und Gewerkschaftsbewegung nach Wien wurde als Demonstration der Solidarität beschlossen. Aber die Erörterung der

Lage in Deutschland,

der weltpolitischen Gefahren des Hitlerismus und der Hilfe für die Opfer des Hitler-Terrors kam dabei keineswegs zu kurz. Die Märtyrer des braunen Regimes wurden durch eine eindrucksvolle Kundgebung besonders geehrt. Der Appell, den Matteotti-Fonds zu stärken, fand lebhaften Widerhall. Es entstand in diesem Zusammenhang eine ziemlich gereizte Debatte wegen der Beteiligung mancher namhafter Parteimitglieder an Hilfskomitees, von denen behauptet wird, daß sie mehr der kommunistischen „Einheitsfront"-Propaganda als der eigentlichen Hilfe dienen.

Eines der schwierigsten taktischen Probleme für die Labour-Party ist das der außenpolitischen Schlußfolgerungen, die aus den Ereignissen der letzten Monate zu ziehen sind. Jahrelang hat sie die Revision des Friedensvertrages und die Abrüstung gefordert. Es ist nicht leicht, der Wählerschaft plausibel zu machen, daß sich seit und durch Hitler die Lage grundlegend geändert hat, und daß diese früheren Parolen gegenüber dem jetzigen Deutschland einer vorübergehenden Revision bedürfen. Denn die Engländer, mehr noch als andere Völker, brauchen Zeit, um sich umzustellen. Ein Nachlassen in der Abrüstungspropaganda der Arbeiterpartei würden außerdem die Rüstungsindustriellen sofort für ihre eigennützigen Zwecke ausnutzen. Schon sind in Birmingham bei den Konservativen Stimmen für eine Rüstungsvermehrung und für eine Abkehr vom Völkerbundpazifismus laut geworden. So hat sich der Kongreß in Hastings hinter Arthur Henderson gestellt, dessen Erfolg in Genf geradezu eine Prestigefrage für die Partei geworden ist. Aber es fehlt nicht an einflußreichen Männern auch in der Arbeiterbewegung, die unter vier Augen zugeben, daß mit Pazifismus allein der von Hitler geschaffenen neuen Kriegsgefahr in Europa nicht beizukommen ist und daß die bisherigen Parolen der Vertragsrevision und der Gleichberechtigung ihren Sinn verloren haben, seitdem im Herzen Europas eine militaristische Barbarei entfesselt ist.

Unsere Antwort an die Hochverräter

Am 22. Juli beantragte der Preußische Ministerpräsident Göring beim Reichskabinett den Erlaß eines Gesetzes, das die Hersteller hochverräterischer Druckschriften im Ausland und ihre Verbreiter im Inland mit dem Tode bedroht. Das Reichskabinett hat diesen Antrag, den die ganze Welt als das Produkt eines kranken Despotenhirns mit Abscheu zurückwies, am 4. Oktober zum Beschluß erhoben.

Dieser Beschluß ist ein Beweis dafür, daß die gegenwärtigen Machthaber den wachsenden Schwierigkeiten des kommenden Winters mit tiefer Unruhe entgegensehen, und daß sie vor der Wahrheit eine panische Angst empfinden. Um ihr Eindringen zu verhindern, schrecken sie vor keinem Verbrechen zurück.

Niemand kann in Deutschland wegen Hochverrats zu Recht verurteilt werden, es seien denn die gegenwärtigen Machthaber selbst. Sie haben unter der betrügerischen Vorspiegelung, eine sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront habe den Reichstagsbrand angestiftet, einen gewalttätigen Ueberfall auf die Sozialdemokratische Partei unternommen, die damals in der Verteidigung der bestehenden Verfassung ihre Hauptaufgabe erblickte. Sie haben tausende und abertausende deutscher Volksgenossen aus keinem anderen Grunde, als weil sie treu zur Verfassung standen, ermorden, foltern und in die Konzentrationslager sperren lassen. Sie haben die Verfassung, die sie beschworen hatten, nicht nur gebrochen, sondern bis auf den letzten Rest vernichtet und dem Volke alle Rechte geraubt, selbst diejenigen, die schon in der Monarchie sein sicherer Besitz waren. Ja, sie haben den obersten Grundsatz jedes Rechtsstaates, die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, aufgehoben und aus Deutschland eine Despotie gemacht, wie die Welt seit Jahrhunderten keine mehr kannte.

Hochverrat begeht, wer die Verfassung gewaltsam zu ändern versucht. Wo ist die Verfassung des Deutschen Reiches, die gewaltsam geändert werden könnte? Es gibt keine feste Rechtsnorm mehr, nach der das deutsche Volk regiert wird, sondern nur noch eine Herrschaft der Willkür und des Verbrechens.

Die nationalsozialistische Partei spricht sich selber das Recht zu, ihre Gegner durch Meuchelmord zu erledigen. Sie hat in zahllosen Fällen, zuletzt durch das Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler Dollfuß, von diesem angemaßten Recht Gebrauch gemacht. Der Beschluß des Reichskabinetts, der den Antrag Göring zum Gesetz erhebt, ist weiter nichts als ein Versuch, den Mord am politischen Gegner durch Mißbrauch der Justiz zu legalisieren. Wer sich an diesem Versuch beteiligt, ist in den Augen aller rechtlich denkenden Menschen ein gemeiner Mörder und wird, sobald in Deutschland wieder geordnete Rechtszustände eingekehrt sind, als solcher behandelt werden.

Mit ihren Blutgesetzen werden die Despoten die notwendige Entwicklung nicht aufhalten. Durch Uebersteigerung von Willkür und Gewalt werden sie nur schneller den Tag herbeiführen, an dem sich das deutsche Volk von der namenlosen Schande dieser Verbrecherherrschaft befreien wird.

Prag, den 8. Oktober 1933.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Muchow und sein Nachfolger

Vor einigen Wochen ist der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Muchow, eines der übelsten Gestalten der nationalsozialistischen Führerclique, der verantwortlich ist für die Aushungerung tausender marxistischer Funktionäre mit Frauen und Kindern bei einem Saufgelage in Bacharach von dem Sturmbannführer Mehrling erschossen worden. Anwesend bei dem Gelage war der berüchtigte Schläger und Säufer Dr. Ley, und die Ursache des Attentats war eine Eifersuchtszene zwischen dem Ermordeten und dem Mörder. Einzelheiten über die wüsten Vorgänge, die sich in der „Pfalzgrafenschenke" in Bacharach abspielten, sind von einem Augenzeugen im „St. Galler Tageblatt" (Nr. 443) veröffentlicht worden. Die deutsche Presse jedoch durfte über den wirklichen Verlauf der Dinge kein Wort bringen, da sonst der Heiligenschein, mit dem sich die saufende und hurende Führerclique der Nazis umgeben pflegt, arg ramponiert worden wäre. Dabei passierte allerdings der Betriebsunfall, daß die „Gastronomische Zeitung" mitteilte, Herr Muchow sei bei einem Kraftwagenunfall ums Leben gekommen.

Jetzt bringt die Presse die Mitteilung, daß als Nachfolger Muchows der Leiter der Pfälzischen NSBO., Reichstagsabgeordneter Claus Selzner ernannt worden ist. Selzner ist der Oeffentlichkeit bekannt geworden durch sein Programm, das der Arbeiterschaft zur Lösung der sozialen Frage — Kaninchenzucht empfiehlt. Kaninchen im Stall machen nach seiner Meinung den Arbeiter „krisenfest". Außerdem empfiehlt er zur Sanierung der Reichsfinanzen eine Kopfsteuer. Kaninchenzucht und Kopfsteuer hält Selzner für „praktischen Sozialismus". So sieht der derzeitige Leiter der Deutschen Arbeitsfront aus!

„Preußischer Sozialismus"

Im Korn-Verlag, Breslau, erschien ein Buch mit dem Titel „Preußischer Sozialismus", in dem das Ziel der nationalsozialistischen Erneuerung durch folgenden lapidaren Satz gekennzeichnet wird:

„Am Ende der deutschen Revolution steht nicht mehr der Arbeiter und überhaupt der Vortritt eines Standes oder anderer Stände, sondern am Ende der deutschen Revolution steht der Soldat".

Und Thyssen.

Haben Sie schon gehört?

„Die Zigarettenfabrik K. bringt nächstens eine neue Bilderserie: Ministerpräsident General Göring in Uniform. 178 verschiedene Bilder!"

„Ja, ja! Unser Lametta-Hermann!"

Abrüsten — wer?

Frankreichs Kampf um Probezeit und Kontrolle

R. B., Paris, 11. Oktober.

Niemand vermag heute das Schicksal der Abrüstungskonferenz vorauszusagen. Ob sie zu einem Ergebnis führen, oder ob sie scheitern wird, das ist wenige Tage vor dem auf den 16. Oktober angesetzten Termin des Zusammentritts der Generalkommission der Konferenz noch völlig unklar.

Kein Zweifel, daß die Regierungen Frankreichs, Englands, der Vereinigten Staaten und Italiens ein Gelingen ernsthaft anstreben, und es ist nebenbei gesagt eine grobe Unwahrheit, wenn man in Deutschland behauptet, daß gerade das französische Kabinett Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten häufe. Aber die große Frage ist die, ob die genannten Mächte eine gemeinsame Basis finden, und ob Hitler dann bereit sein wird, auf diesen Boden zu treten.

Die der Pariser Regierung nahestehende Presse hat in den letzten Wochen voller Befriedigung immer wieder die Verständigung mit Großbritannien als eine vollzogene Tatsache hingestellt. Die Oeffentlichkeit kennt jedoch die Einzelheiten dieser Abmachungen nicht, und wir gehen wohl in der Annahme nicht fehl, daß zunächst nur ein Rahmen geschaffen worden ist, der einen Spielraum für die Lösung der Detailprobleme läßt. Einig ist man sich auch mit Amerika und Italien — über die Einrichtung einer dauernden internationalen Kontrolle, die die Engländer übrigens lieber Supervision (Beaufsichtigung) nennen, ferner über eine Probezeit, in der das Funktionieren der Kontrolle festgestellt werden soll, und in der außerdem mit der Herabsetzung der Effektivbestände zu beginnen wäre. Indessen sind offenbar noch keine bindenden Verabredungen getroffen über die Kontrollmethode, über die Dauer der Probezeit und über Tempo und Umfang der in diesem Zeitraum durchzuführenden Verminderung der Truppenzahl.

Diese Lücken und Ungewißheiten geben der französischen Oppositionspresse Anlaß und Möglichkeit zu heftigen Angriffen gegen das Kabinett und insbesondere gegen den Außenminister Boncour, dem ohne alle Umschweife Verrat der nationalen Interessen vorgeworfen wird. Die Aufregung dieser Kreise hat sich nach dem Bekanntwerden der deutschen Antwortnote noch gesteigert. Sie sehen in der Tatsache, daß Deutschland seine Verbalnote nur in Rom und London überreicht hat, eine Brüskierung Frankreichs, und sie befürchten, daß Daladier unter dem Druck des britischen Kabinetts, das unter allen Bedingungen ein Fiasko der Konferenz vermeiden wolle, zu weiteren Zugeständnissen bereit sein werde.

Nun wäre es falsch, den politischen Einfluß der Zeitungen, die zum Teil von der Rüstungsindustrie subventioniert werden, zu überschätzen. Das in seiner großen Mehrheit friedenswillige französische Volk wird sich nicht so leicht in ein Abenteuer hineinreißen lassen, und so wenig es Hitler traut, so erkennt es doch die Gefahren, die ihm aus dem dem Scheitern der Konferenz mit Naturnotwendigkeit folgenden internationalen Wettrüsten erwachsen würden. Die französische Regierung gibt sich auch alle Mühe, eine Panikstimmung nicht aufkommen zu lassen, aber auf der andern Seite sind ihrem Entgegenkommen an Deutschland eventuell auch an Großbritannien Grenzen gesetzt, die sie schlechterdings nicht überschreiten kann.

Die Ueberzeugung, daß der Nationalsozialismus vertragswidrige Rüstungen vornimmt, daß die braunen Sturmtruppen militärisch zu werten sind, daß der Geist, der im Dritten Reich großgezogen wird, eine schwere Bedrohung des Friedens bedeuten, ist in Frankreich allgemein. Die friedfertigen Versicherungen der Hitler, Göbbels usw. werden von niemandem geglaubt. Man hofft durch ein Rüstungsabkommen die Gefahr bannen oder zum mindesten verringern zu können. Man will ein Abbrechen der Brücken zu den andern Mächten wenn irgend möglich verhüten (daher auch die eilige Zustimmung zu den italienischen Anregungen über die wirtschaftliche Organisation des Donaubeckens), doch alle diese Erwägungen werden die französische Regierung nicht bestimmen können, auf eine wirklich ernsthafte Kontrolle, auf eine nennenswerte Herabsetzung der einstweilen für vier Jahre vorgesehenen Probezeit, oder auf ihren Widerspruch gegen die sofortige Ueberlassung von „Proben" der im Friedensvertrag verbotenen Waffen an Deutschland zu verzichten. Das würde für das Kabinett Daladier, das ohnehin schon genug mit den aus dem Budgetdefizit herrührenden innerpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, verhängnisvoll werden, und der Abrüstungsgedanke überhaupt wäre damit auf lange Zeit begraben.

Auch der Versuch Mussolinis, eine Besprechung der Unterzeichner des Viermächtepakts einzuschieben, findet in Paris wenig Gegenliebe, solange man nicht der Unterstützung durch Italien und England sicher sein kann, und so ist eben alles im unklaren und ungewissen. Die Bereitwilligkeit zu einer Einschränkung der Rüstungen ist bei den Siegermächten heute ohne allen Zweifel größer als je zuvor. Aber im Gegensatz zu den vergangenen Jahren liegen die Hindernisse heute bei Deutschland, dessen Politik es fertig gebracht hat, daß die öffentliche Meinung in allen Ländern die lebhaften Bedenken gegen eine Abänderung des Friedensvertrages hegt, die zu der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands führen könnte. Das gilt, wie ausdrücklich hervorgehoben sein mag, auch für England, wo Macdonald, selbst wenn er den Wunsch hat, Frankreich zu weiteren Zugeständnissen zu veranlassen, bei dem größten Teil der Bevölkerung, und nicht zuletzt bei der konservativen Partei, auf die sich seine Regierung in der Hauptsache stützt, auf starken Widerstand stoßen wird.

Wie das Ausland urteilt

Austen Chamberlain gegen Hitler

Gegen die Schande der Judenverfolgung

In der Albert-Hall in London, in der sich am 3. Oktober Tausende zu einer antifaschistischen Kundgebung zusammenfanden, in deren Mittelpunkt Einstein stand, wandte sich Sir Austen Chamberlain, der frühere langjährige Außenminister, in scharfen Worten gegen das deutsche Terrorregime. Er sagte u. a.:

„Sie, die Sie in diesem Saale sind und ein mittleres Alter erreicht haben, Sie, die Sie auf eine bestimmte Laufbahn hin studierten, wenn Sie um ihrer Haarfarbe willen plötzlich auf die Straße geworfen würden, wenn man Ihnen die Ausübung ihres Berufes verböte — so wäre das vielleicht unvernünftiger, aber weniger abscheulich als das, was gegenwärtig in Deutschland geschieht. Stellen Sie sich vor, daß Ihren Kindern, die Sie dazu erzogen haben, als anständige und nützliche Bürger des Landes, ihre Pflicht zu tun, mitgeteilt würde, die Laufbahn, für die sie arbeiten, sei ihnen verschlossen und wenn sie in ihrem Geburtslande bleiben wollten, könnten sie nur Holzhauer und Wasserträger für einen Teil ihrer Landsleute sein, die sich für höherstehend erklärten.

Ich kann mir kaum vorstellen, daß Kunst und Wissenschaft von einer schlimmeren Tragödie getroffen werden könnten als sie in diesen Tagen des zwanzigsten Jahrhunderts die Aechtung einer ganzen Rasse bedeutet, die sich in jedem Lande und zu allen Zeiten in Künsten und Wissenschaften ausgezeichnet hat. Wir können protestieren — wir können es nicht ändern. Aber wir können einiges tun, um die Leiden zu mildern, die so sinnlos verursacht wurden, und um einer menschlichen Rasse die Entfaltung jener Gaben zu ermöglichen, mit denen Gott seine Geschöpfe ausgestattet hat, ob sie in dem einen oder in dem andern Land geboren sind.

Garnicht so lange Zeit zuvor hätten wir diesen Saal genau so dicht wie heute Nacht mit einer Versammlung füllen können, die ihrer Sympathie für Deutschland Ausdruck zu geben wünschte, da viele meiner Landsleute meinten, daß wir und andre Nationen unsre Pflicht gegen dieses Land nicht recht erfüllt hätten.

Welchen Wandel haben einige kurze Monate geschaffen! Die Revolution wurde durch die deutsche Regierung gemacht, und diese Halle ist heute Nacht mit Menschen gefüllt, die nicht gekommen sind, um der deutschen Regierung und denen, die sie repräsentiert, Sympathie zu bekunden, sondern um mit denen zu sympathisieren und um denen zu helfen, die von dieser Regierung aus ihrem Lande vertrieben wurden."

Italien warnt!

Ungarn distanziert sich

„Popolo d'Italia", das Blatt Mussolinis, bringt einen Aufsatz, der von der ganzen italienischen Presse abgedruckt wird und der um so größeres Aufsehen erregt, als man annimmt, daß er vom Duce selber geschrieben ist. In diesem Aufsatz mit der Ueberschrift „Die Unterführer" wird Deutschland ausdrücklich von den „vielen, allzu vielen Demonstrationen" gewarnt, die alle Nachbarn beunruhigen, und dann weiter gesagt:

Mit aller notwendigen Bescheidenheit müssen es sich unsere deutschen Freunde gesagt sein lassen, daß es im ureigensten Interesse des Dritten Reiches an der Zeit ist, die Einheit in den Direktiven und im Kommando wiederherzustellen und die Unterführer an der Peripherie zur Ruhe zu rufen. Ansonsten wird der überstürzte Wirbel mehr oder minder glücklicher Initiativen und mehr oder minder intelligenter Befehle damit enden, daß eine äußerst bedauernswerte Konfusion angerichtet wird.

Noch schärfer äußert sich der regierungsoffiziöse „Pester Lloyd":

Man wird in Deutschland verstehen müssen, daß unser Land grundsätzlich und unverrückbar auf dem Boden der Freiheitsrechte, also speziell auch der freien Meinungsäußerung und der Preßfreiheit, steht, und daß es mithin der ungarischen Presse — bei allen unerschütterlichen Freundschaftsgefühlen für das mächtigste Volk — nicht verwehrt sein kann, ihrer Auffassung über Ereignisse Ausdruck zu verleihen, die diese Frage nahe berühren...

Von unten herauf kam der Drang zur Ausrottung mißfälliger Ideen. Die Studentenschaft war es, die ungezählte Tausende von Büchern auch der edelsten deutschen Dichter und Denker auf dem Scheiterhaufen verbrannte. Wie diese Autodafés auf die übrige Menschheit wirkten, darüber wäre es müßig, auch nur ein Wort zu verlieren. Die Scheiterhaufen der Bücher sind nunmehr ausgebrannt, aber der Geist, der sie aufflammen ließ, lebt noch weiter. Er lebt weiter in den Gesetzen, die jeden freien Gedanken, der sich nicht gleichschalten ließ, verpönen und verfolgen.

Ungarn, als „Freiheitshort", blickt halb mitleidig, halb verächtlich auf den deutschen Sklavenstaat herab . . . Selbst Ungarn!

Rebellion der Lümmel

H. G. Wells, einer der geistreichen sozialistischen Schriftsteller des heutigen England, sprach sich in einem kleinen, auserwählten Kreis scharf gegen die blutige Unduldsamkeit des Hitlerregimes aus. Er sagte u. a.:

„Ist je ein Buch durch Verbrennen getötet worden? Ich glaube es nicht. Denn, einmal gedruckt, hat ein Buch eine Vitalität, die die aller menschlichen Wesen weit übersteigt. Ich wünschte, es wären nur Bücherverbrennungen, in denen die Intoleranz ihrer Bosheit Luft machte. Unglückseligerweise macht sie nicht immer bei Bücherverbrennungen halt. Sie schlägt meist jene, die sie lesen, schreiben und verbreiten. Die sind verwundbarer.

Gerade jetzt ist in manchen Weltgegenden eine Epidemie der Unduldsamkeit ausgebrochen, die widerliche und ungewöhnliche Formen annimmt. Es ist ja ganz schön für einen sehr erfolgreichen und verwöhnten Schriftsteller voll radikaler Ideen, wie ich es bin, in kühner und witziger Art über Bücherverbrennungen zu plaudern, aber es ist ein ganz anderes Unterfangen in Rußland, in Italien und in Deutschland — vor allem in Deutschland. In Deutschland betreibt der radikale Schriftsteller und der echte, ehrliche Schriftsteller ein abenteuerliches und gefährliches Handwerk. Er wird verfolgt und umhergestoßen. — Das deutsche Geschehen ist kein Pogrom. Die Juden hört man am meisten, aber es sind nicht nur die Juden, die leiden."

„Mir scheint das, was da geschieht, mehr als alles andre eine Rebellion plumper Lümmel gegen die Zivilisation zu sein, die Revolution plumper Lümmel gegen das Denken, dem gesunden Menschenverstand, gegen die Bücher. Und nicht nur in Deutschland schwindet die weitgespannte Duldsamkeit, mit der das Jahrhundert begann, dieser Zug geht über die ganze Welt. Aber eines weiß ich sicher: auf die Dauer werden die Bücher siegen. Die plumpen Lümmel werden zu Fall gebracht werden. Auf die Dauer wird der gesunde Verstand mit all den schreienden, keifenden Helden aufräumen. Menschen mögen leiden und Menschen mögen sterben, aber der menschliche Geist, in Wissenschaft und Literatur verkörpert, schreitet voran!"

Man raubt . . . . und man will betrügen

Aus jeder Nummer des „Reichsanzeigers" ist zu ersehen, in welch gewaltigem Ausmaß Eigentum von Arbeitern, Arbeiterorganisationen und Arbeiterbetrieben geraubt worden ist. Die braunen Herrschaften aber begnügen sich nicht mit dem, was ihnen durch Gewalt in die Hände gefallen ist. Sie versuchen auch durch List angebliche Verpflichtungen von Organisationen und Einzelpersonen einzutreiben. So ergehen z. B. in letzter Zeit vom Verlag J. H. W. Dietz, Berlin und vom Bücherkreis, G. m. b. H., Aufforderungen zur Begleichung von Rechnungen an Stellen, die sich außerhalb der deutschen Reichsgrenzen befinden.

Selbstverständlich wird diesen Aufforderungen keine Folge geleistet. Anständige Menschen verbietet es schon das Ehrgefühl, Räubern bei ihrem ehrlosen Handwerk zu helfen.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia" Karlsbad.
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.